

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Patrizia Mordini, SP/Mohamed Abdirahim, JUSO): Einige Fragen im Zusammenhang mit dem Polizeiaufgebot und den Antifa-Aktionen vom 7. und 14.10.17

Am 14. Oktober 2017 wurde erneut – wie eine Woche zuvor – ein riesiges Polizeiaufgebot in der Innenstadt von Bern eingesetzt im Zusammenhang mit Antifa-Aktionen zehn Jahre nach der grossen Berner Antifa-Demo. Von Seiten der Antifa-Organisierenden wurden im Vorfeld unbewilligte Antifa-Demos angekündigt. Das Polizeiaufgebot in der Innenstadt von Bern war am 7. wie am 14. Oktober unverhältnismässig hoch. Es kam an beiden Tagen zu keiner Antifa-Demo.

Das war das erklärte Ziel des riesigen Polizeiaufgebots: die Verhinderung jeglicher Versammlungen von Menschen und das Wahren der öffentlichen Sicherheit (gemäss Zeitungen). Dazu schien der Polizei auch das Mittel recht zu sein, einzelne Menschen grundlos, ohne konkreten Verdacht, quasi «auf Vorrat» zu verhaften. Der Bund schrieb am 16.10.2017, dass sieben Personen festgehalten wurden. Von einer dieser Personen wurde ich in Kenntnis der Vorgänge gesetzt. Diese Person war ganztags der Erwerbstätigkeit nachgegangen, was mehrere Personen bezeugen können, und trat gegen 16.30 Uhr in der Innenstadt den Heimweg an. Die Person wurde verhaftet, zunächst mit der Begründung einer Personenkontrolle, und wurde erst etwa 3.5 Stunden später wieder freigelassen. Die Begründung änderte die Polizei im Verlaufe der Festnahme gemäss Aussagen der verhafteten Person auf Gefährdung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung und kurz vor Freilassung darauf, dass sie die Person daran hindern wollten, eine Straftat zu begehen. Es kann nicht angehen, dass die Polizei Personen ohne konkreten Verdacht festhält.

Generell erscheint es im Lichte der Bewilligungsverfahren von Demonstrationen häufig schwierig, ein zufriedenstellendes Datum und eine zufriedenstellende Route zu erhalten. Uns ist die Meinungsfreiheit wichtig. Diese ausüben zu können bedingt auch die Möglichkeit zu demonstrieren.

Wir bitten den Gemeinderat diesbezüglich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie kann es sein, dass Personen ohne konkreten Verdacht, ohne Anhaltspunkte festgehalten werden?
2. Welche Überlegungen stehen hinter einem Vorgehen wie am 7. und 14.10.2017 gezeigt (Festhalten ohne konkreten Verdacht, sehr grosses Polizeiaufgebot, Abriegeln von Strassen)?
3. Wie verhält es sich generell mit einem solchen Sachverhalt (Festhalten ohne konkreten Verdacht), wenn es doch legal wäre, an einer unbewilligten Demo teilzunehmen?
4. Wie teuer war das Polizeiaufgebot am 7.10. und am 14.10.2017? Wie viele PolizistInnen waren involviert?
5. Wie kann der Gemeinderat beim Kanton, bei PoliceBern intervenieren in diesem Thema? Welche Absprachen, Abmachungen gibt es zwischen dem Kanton und der Stadt?
6. Was ist die Strategie und was wird genau unternommen betreffend Absprachen zu Besammlungen via Sozialer Medien im Zusammenhang mit Demonstrationen?
7. Wie gedenkt die Stadt (und der Kanton) in Zukunft mit Demonstrationen umzugehen?

Begründung der Dringlichkeit

Es kann davon ausgegangen werden, dass dieses Thema in den nächsten Wochen weiter aktuell bleibt. Deshalb ist eine zeitnahe Beantwortung nicht nur von Nutzen, sondern von Nöten, also notwendig.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 02. November 2017

Erstunterzeichnende: Patrizia Mordini, Mohamed Abdirahim

Mitunterzeichnende: Ladina Kirchen Abegg, Luzius Theiler, Johannes Wartenweiler, Rithy Chheng, Katharina Altas, Nadja Kehrli-Feldmann, Halua Pinto de Magalhães, Bettina Stüssi, Ingrid Kissling-Näf, Timur Akçasayar, Martin Krebs, Lukas Meier, Barbara Nyffeler, Yasemin Cevik, Christa Ammann, Michael Sutter, Tamara Funicello